



AfD-Fraktion Im Stadtrat Speyer

Speyer, den 22.Juni 2025

Prüfantrag

Betreff: Prüfung öffentlicher Flächen zur Entsiegelung und Entschotterung sowie Begrünung zur Verbesserung des Stadtklimas

Sehr geehrte Damen und Herren,

Speyer gilt als die heißeste Stadt Deutschlands, was insbesondere in den Sommermonaten zu einer erheblichen Belastung durch Hitzeinseln führt. Um die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger zu steigern, die städtische Biodiversität zu fördern und die Auswirkungen des Klimawandels abzumildern, beantragen wir die Prüfung folgender Maßnahmen:

Die Verwaltung wird gebeten, ein Konzept zu erarbeiten, das sämtliche öffentliche Flächen (z. B. Verkehrsinseln, Kreisverkehre, Parkplätze, Randstreifen) auf ihr Potenzial zur Entsiegelung und Entschotterung sowie nachhaltigen Begrünung untersucht. Dabei sollen folgende Punkte berücksichtigt werden:

Bestandsaufnahme: Identifikation aller geeigneten öffentlichen Flächen, die aktuell versiegelt oder geschottert sind, insbesondere Kreisverkehre und andere hitzeanfällige Bereiche.

Machbarkeitsanalyse: Prüfung der technischen und finanziellen Umsetzbarkeit, inklusive Bodenbeschaffenheit, Wasserversorgung und Pflegeaufwand.

Begrünungskonzept: Entwicklung von Vorschlägen für klimaresiliente, pflegeleichte Bepflanzungen (z. B. heimische Stauden, Sträucher oder Bäume), die Hitze reduzieren, die Artenvielfalt fördern und die CO₂-Speicherung unterstützen.

Kosten- und Fördermittelabschätzung: Ermittlung der Umsetzungskosten sowie Prüfung möglicher Förderprogramme (z. B. durch Bund oder Land) zur Finanzierung.

Zeitplan: Vorlage eines priorisierten Umsetzungsplans mit kurz-, mittel- und langfristigen Maßnahmen.

Ziel ist es, durch gezielte Entsiegelung und Entschotterung sowie Begrünung die städtischen Hitzeinseln zu reduzieren, die Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum zu verbessern und einen aktiven Beitrag zum natürlichen Klimaschutz zu leisten.

Wir bitten um Aufnahme dieses Antrags in die nächste Sitzung des Stadtrats und um Vorlage eines Berichts durch die Verwaltung innerhalb der nächsten sechs Monate.

Für die AfD Fraktion

Benjamin Haupt